

SÄ3 Neufassung der Finanzordnung, Einführung von Mandatsträger*innenbeiträgen und genauere Regelungen zu den Rechnungsprüfer*innen

Gremium: GRÜNE JUGEND Bayern Landesvorstand

Beschlussdatum: 15.04.2026

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Anträge zu Satzung, Ordnung und Statuten

1 Die Landesmitgliederversammlung beschließt:

2 1. § 3 Absatz 9 der Satzung der GRÜNEN JUGEND Bayern erhält folgende

3 Fassung:

4 "Mitglieder der GRÜNEN JUGEND Bayern, die ein Mandat im Bayerischen Landtag
5 ausüben oder Mitglied des Landesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern
6 sind, leisten neben ihren satzungsgemäßen Beiträgen nach Abs. 5a einen
7 Mandatsträger*innenbeitrag an den Landesverband. Die Höhe der
8 Mandatsträger*innenbeiträge wird von der Mitgliederversammlung festgelegt."

9 2. § 5 Absatz 8 der Satzung der GRÜNEN JUGEND Bayern erhält folgende

10 Fassung:

11 "Die Landesmitgliederversammlung bestimmt über die Grundlinien für die
12 politische und organisatorische Arbeit des Verbandes.

13 Die Landesmitgliederversammlung

- 14 • legt den Haushalt fest
- 15 • beschließt über eingebrachte Anträge
- 16 • wählt und entlastet den Landesvorstand, sie nimmt seine Berichte entgegen
- 17 • erkennt Kreis- und Bezirksverbände an
- 18 • beschließt und ändert die Satzung
- 19 • beschließt und ändert die Finanzordnung
- 20 • beschließt und ändert das Genderstatut
- 21 • beschließt und ändert das Bildungsstatut mit absoluter Mehrheit
- 22 • beschließt und ändert die Wahlordnung.
- 23 • wählt die Delegierten der GRÜNEN JUGEND Bayern für die Petra Kelly
24 Stiftung
- 25 • wählt die Delegierten der GRÜNEN JUGEND Bayern für den kleinen Parteitag
26 von Bündnis 90/Die GRÜNEN Bayern
- 27 • wählt den*die Basisdelegierte*n zum Bundesfinanzausschuss
- 28 • wählt die Rechnungsprüfer*innen "

29 3. § 10 Absatz 6 der Satzung der GRÜNEN JUGEND Bayern wird für unwirksam
30 erklärt.

31 4. Die Finanzordnung der GRÜNEN JUGEND Bayern erhält folgende Fassung:

32 "Finanzordnung der GRÜNEN JUGEND Bayern

33 in der Neufassung vom 09.05.2026 in München

34 § 1 Mitgliedsbeiträge

35 (1) Jedes Mitglied der GRÜNEN JUGEND Bayern ist zur regelmäßigen Zahlung eines
36 Mitgliedsbeitrags verpflichtet. Dieser wird dem Landesverband grundsätzlich
37 durch die Erhebung der Beiträge des Bundesverbandes zugeführt.

38 (2) Jene Mitglieder, die nur Mitglied des Landesverbandes, nicht jedoch des
39 Bundesverbandes der GRÜNEN JUGEND sind, leisten ihren Mitgliedsbeitrag
40 unmittelbar an die GRÜNE JUGEND Bayern. Die Höhe richtet sich nach den
41 Mitgliedsbeiträgen des Bundesverbandes. Jedes Mitglied wählt unter diesen
42 Beiträgen denjenigen, den es zahlen möchte. Bei Mitgliedern, die gleichzeitig
43 Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind, ist der Mitgliedsbeitrag der GRÜNEN
44 JUGEND Bayern im Beitrag an die Partei enthalten.

45 § 2 Haushalt & Finanzbericht

46 (1) Die Landesmitgliederversammlung beschließt für jedes Kalenderjahr einen
47 Haushalt.

48 (2) Der Haushalt wird in der letzten Landesmitgliederversammlung eines
49 Kalenderjahres für das darauffolgende Kalenderjahr beschlossen und muss
50 mindestens eine Übersicht der geplanten Einnahmen, der geplanten Ausgaben des
51 Landesvorstandes sowie der geplanten Ausgaben für Bildungsarbeit und -
52 veranstaltungen sowie die voraussichtlichen Verwaltungsausgaben enthalten.

53 (3) Der*Die Schatzmeister*in erstellt über jedes abgeschlossene Haushaltsjahr
54 einen Finanzbericht und stellt diesen auf der Landesmitgliederversammlung vor.
55 Ein Haushaltsjahr gilt als abgeschlossen, sobald alle getätigten, sowie noch
56 ausstehenden Einnahmen und Ausgaben erfolgt sind.

57 § 3 Rechnungsprüfung und finanzielle Entlastung

58 (1) Die Landesmitgliederversammlung wählt zwei Rechnungsprüfer*innen, die die
59 Ordnungsmäßigkeit der Buchführung sowie die Angemessenheit der Ausgaben und das
60 Übereinstimmen der Ausgaben mit den Beschlüssen prüfen. Die
61 Rechnungsprüfer*innen werden in einem rotlierenden System jeweils für die Dauer
62 von zwei Jahren gewählt. Jährlich ist ein*e Rechnungsprüfer*in neu zu wählen.
63 Die Rechnungsprüfer*innen erstatten der Landesmitgliederversammlung Bericht über
64 die finanziellen Angelegenheiten des Verbandes und haben jederzeit Einsicht in
65 alle Finanzunterlagen der GRÜNEN JUGEND Bayern. Nicht wählbar für dieses Amt
66 sind Mitglieder des Landesvorstandes und der Landesgeschäftsstelle.

67 (2) Die Landesmitgliederversammlung entlastet den gesamten Landesvorstand,
68 nachdem der Rechnungsprüfungsbericht vorliegt. Die Entlastung gilt für den
69 gesamten geprüften Rechnungszeitraum.

70 § 4 Teilnahmebeiträge

71 (1) Für Veranstaltungen der GRÜNEN JUGEND Bayern, bei denen Verpflegung und/oder
72 Übernachtung angeboten wird, können Teilnahmebeiträge erhoben werden. Die
73 Teilnehmer*innen können bei der Anmeldung selbst zwischen den Kategorien
74 „regulärer Teilnahmebeitrag“, „ermäßigter Teilnahmebeitrag“ und „solidarischer
75 Teilnahmebeitrag“ wählen.

76 (2) Die Teilnahmebeiträge sollen nicht kostendeckend sein, sondern lediglich
77 einen Beitrag zur Finanzierung der Veranstaltung darstellen. Der „solidarische
78 Teilnahmebeitrag“ kann kostendeckend oder auch höher festgelegt werden.

79 (3) Die Teilnahmebeiträge werden vom Landesvorstand festgelegt. Die
80 Rechnungsprüfer*innen können im Rahmen der Rechnungsprüfung Änderungen und
81 Anpassungen für Teilnahmebeiträge zukünftiger Veranstaltungen vorschlagen.

82 (4) Eine vollständige Befreiung von den Teilnahmebeiträgen muss unkompliziert
83 und niedrigschwellig ermöglicht werden.

84 §5 Mandatsträger*innenbeiträge

85 (1) Mandatsträger*innenbeiträge werden gemäß §3 (9) der Satzung von den GRÜNE
86 JUGEND Bayern-Abgeordneten des Bayerischen Landtags, sowie von Mitgliedern des
87 Landesvorstands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern, die ebenfalls Mitglied der
88 GRÜNEN JUGEND Bayern sind, erhoben.

89 (2) Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Mandatsträger*innenbeiträge sind
90 die jeweiligen Diäten, die Abgeordnetenentschädigungen bzw. Bruttogehälter.

91 (3) Die Höhe des Mandatsträger*innenbeitrags beträgt grundsätzlich 2 Prozent der
92 Bemessungsgrundlage.

93 (4) Über Reduktionen des Beitrags, insbesondere aus sozialen Gründen,
94 entscheidet der*die Landesschatzmeister*in einvernehmlich mit der*dem
95 Beitragsverpflichteten.

96 § 6 Restvermögen von aufgelösten Kreis- und 97 Bezirksverbänden

98 (1) Lösen sich Kreis- oder Bezirksverbände der GRÜNEN JUGEND Bayern auf, so
99 fällt deren Restvermögen grundsätzlich an die GRÜNE JUGEND Bayern.

100 (2) Von dieser Regelung ausgenommen sind Kreis- und Bezirksverbände der GRÜNEN
101 JUGEND Bayern, die die Abrechnung ihres Restvermögens in ihrer Satzung näher
102 geregelt haben. Gleiches gilt für Kreis- und Bezirksverbände der GRÜNEN JUGEND
103 Bayern, deren Auflösung und Transfer des Restvermögens durch die Satzung der
104 zugehörigen Kreis- und Bezirksverbände von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geregelt ist.

105 § 7 Kostenerstattung

106 A) Grundsätze

107 (1) Erstattungen werden ausschließlich auf Antrag gewährt. Der Antrag ist in
108 Textform mit den bereitgestellten Formularen oder zur Niederschrift bei der
109 Landesgeschäftsstelle zu stellen. Erstattungen werden nur für Kosten gewährt,
110 die notwendig, angemessen und wirtschaftlich sind und die durch den von der
111 Landesmitgliederversammlung beschlossenen Haushalt gedeckt sind.

112 (2) Für Ausgaben, für die ein physischer Beleg (z. B. Kassenzettel, gedruckte
113 Quittung) ausgestellt wurde, ist grundsätzlich der Originalbeleg einzureichen.
114 Digitale Belege (z. B. PDF-Rechnungen, Online-Tickets, digitale
115 Zahlungsbestätigungen) sind in der ursprünglichen digitalen Form einzureichen.
116 Eine Erstattung auf Grundlage einer Kopie eines physischen Belegs ist nur in
117 begründeten Ausnahmefällen und mit Zustimmung des*der Schatzmeister*in zulässig.

118 (3) Kann im Einzelfall kein Beleg vorgelegt werden, entscheidet die*der
119 Schatzmeister*in nach pflichtgemäßem Ermessen auf Grundlage der vorgelegten
120 Nachweise über die Anerkennung der Kosten.

121 (4) Erstattungsanträge ab 250 Euro sind durch den*die Schatzmeister*in zu
122 zeichnen.

123 (5) Anträge sind spätestens drei Monate nach Entstehen der Kosten (maßgeblich
124 ist der Poststempel) in der Landesgeschäftsstelle einzureichen. Kosten, die
125 zwischen dem 1. November und dem 31. Dezember entstehen, sind spätestens bis zum
126 15. Januar des Folgejahres einzureichen.

127 (6) Auszahlungen erfolgen ausschließlich in Euro. Für Belege in Fremdwährung ist
128 ein Nachweis über den zum Zeitpunkt des Kaufes gültigen Umrechnungskurs
129 vorzulegen.

130 (7) Unkenntnis dieser Finanzordnung begründet keinen Anspruch auf eine
131 Erstattung über die hierin vorgesehenen Regelungen hinaus.

132 (8) Über begründete Ausnahmen von den Regeln dieser Finanzordnung entscheidet
133 der Landesvorstand im Einzelfall.

134 B) Erstattungsberechtigte

135 Anspruch auf die Erstattung haben folgende Personengruppen:

136 a) Teilnehmer*innen an Veranstaltungen der GRÜNEN JUGEND Bayern, sofern sie
137 ordnungsgemäß in die Teilnehmer*innenliste eingetragen sind und das aktuelle
138 Höchstalter der GRÜNEN JUGEND Bayern nicht überschreiten (i. d. R.
139 ausschließlich für Fahrtkosten),

140 b) Mitglieder der Organe der GRÜNEN JUGEND Bayern (für Fahrtkosten und sonstige
141 notwendige Auslagen im Rahmen ihres Amtes),

142 c) geladene Gäste, Referent*innen sowie von der GRÜNEN JUGEND Bayern
143 ausdrücklich beauftragte Personen (für Fahrtkosten und sonstige notwendige
144 Auslagen im Rahmen ihres Auftrags).

145 C) Fahrtkostenerstattung

- 146 (1) Anspruchsberechtigt ist die Erstattung von Fahrt- bzw. Reisekosten zwischen
147 dem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort (sofern dieser in der
148 Bundesrepublik Deutschland liegt) und dem Veranstaltungs- oder Einsatzort sowie
149 ggf. Fahrtkosten zwischen Unterkunft sowie Veranstaltungs- oder Einsatzort.
- 150 (2) Fahrten, die nicht am Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort beginnen
151 oder enden, sind zu begründen und werden nur erstattet, wenn hierdurch keine
152 Mehrkosten gegenüber einer Fahrt vom Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort
153 entstehen.
- 154 (3) Es ist grundsätzlich das am wirtschaftlichsten verfügbare Angebot zu nutzen.
155 Öffentliche Verkehrsmittel (Bahn, Bus, ÖPNV) sind vorrangig zu verwenden.
- 156 (4) Genaueres regelt die Erstattungsordnung.

157 D) Erstattungsordnung

- 158 (1) Die Erstattungsordnung regelt die Einzelheiten zu Verfahren, Umfang und Höhe
159 der Erstattungen. Sie verfolgt das Ziel, allen Anspruchsberechtigten eine
160 möglichst umfassende Erstattung der erstattungsfähigen Kosten zu ermöglichen und
161 gleichzeitig die Finanzmittel der GRÜNEN JUGEND Bayern effizient einzusetzen und
162 vor übermäßiger Belastung zu schützen.
- 163 (2) Der Landesvorstand beschließt die Erstattungsordnung und berichtet über die
164 konkrete Ausgestaltung bei mindestens einer Landesmitgliederversammlung pro
165 Jahr. Die Rechnungsprüfer*innen können im Rahmen der Rechnungsprüfung
166 Empfehlungen für Änderungen der Erstattungsordnung abgeben.
- 167 (3) Die Erstattungsordnung darf den niedrigschwelligen Zugang und den
168 grundsätzlichen Anspruch auf Fahrtkostenerstattung nicht einschränken; sie
169 konkretisiert lediglich deren Ausgestaltung.
- 170 (4) In der Erstattungsordnung sind Härtefallregelungen vorzusehen, insbesondere
171 zur Vermeidung unzumutbarer finanzieller und/oder zeitlicher Belastungen.
- 172 (5) Die Erstattungsordnung hat sich daran zu orientieren, dass Fahrtkosten gemäß
173 Abschnitt C grundsätzlich vollständig erstattet werden können.
- 174 (6) Der Landesvorstand veröffentlicht die Erstattungsordnung in geeigneter Form.

175 E) Kinderbetreuungskosten

- 176 Kinderbetreuungskosten werden allen Mitglieder in tatsächlicher Höhe erstattet,
177 sofern am Veranstaltungsort keine zentrale kostenlose Kinderbetreuung angeboten
178 wird oder das Kind / die Kinder nicht an den Veranstaltungsort mitgebracht
179 werden kann / können.

180 F) Sonstige Kosten

- 181 Die Erstattung aller sonstigen Kosten muss beim Landesvorstand beantragt werden,
182 soweit diese nicht eindeutig aus dem jeweiligen beschlossenen Haushalt
183 hervorgehen.

184 §8 Aufwandsentschädigung des Landesvorstandes

185 (1) Die Mitglieder des Landesvorstandes haben Anspruch auf eine monatliche
186 Aufwandsentschädigung in Höhe von 100 Euro als Beisitzer*innen und als FLINTA*
187 politische*r Sprecher*in, sowie 140 Euro als Mitglieder des geschäftsführenden
188 Landesvorstandes. Die Aufwandsentschädigung darf das Arbeitnehmer*innen-Netto
189 von monatlich 100 Euro bzw. 140 Euro im Minijob nicht übersteigen.

190 (2) Sofern die Aufwandsentschädigung nach §8 (1) nicht in Anspruch genommen
191 wird, haben die Mitglieder des Landesvorstandes Anspruch auf die Erstattung von
192 Sachkosten, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit im Landesvorstand entstehen. Die
193 maximale Erstattung beträgt monatlich 100 Euro als Beisitzer*innen und als
194 FLINTA*-politische*r Sprecher*in, sowie 140 Euro als Mitglied des
195 geschäftsführenden Landesvorstandes. Die Erstattung erfolgt durch Geltendmachung
196 der unter §8 (3) genannten Kosten gegen Vorlage von Belegen.

197 (3) Als Sachkosten im Rahmen der Tätigkeit im Landesvorstand können abgerechnet
198 werden:

- 199 • Telefon- und Kommunikationskosten, die im Rahmen der Tätigkeit als
200 Landesvorstandsmitglied entstanden sind,
- 201 • Portokosten,
- 202 • Zeitungsabonnements mit 50 Prozent Eigenanteil,
- 203 • Material zur thematischen Recherche,
- 204 • Büromaterialien und Software,
- 205 • Geschäftsessen,
- 206 • Teilnahmebeiträge von Veranstaltungen von GRÜNE JUGEND-Gliederungen,
- 207 • Übernachtungs- und Unterbringungskosten von maximal 150 Euro pro Nacht.

208 (4) Mitgliedern des Landesvorstands wird pro Amtsjahr eine (My) BahnCard 50
209 erstattet.

210 Schlussbestimmung

211 Diese Finanzordnung der GRÜNEN JUGEND Bayern tritt am Tage ihrer
212 Beschlussfassung durch die Landesmitgliederversammlung am 9. Mai 2026 in Kraft
213 und ersetzt die bisherige Finanzordnung vom 23. Januar 1999 (zuletzt geändert am
214 18. Oktober 2025). Sie kann nur mit absoluter Mehrheit der
215 Landesmitgliederversammlung geändert werden."

Begründung

Die bisherige Finanzordnung der GRÜNEN JUGEND Bayern stammt in ihrem Grundgerüst aus dem Jahr 1999 und wurde über viele Jahre hinweg mehrfach punktuell geändert und ergänzt. Durch diese Vielzahl an Einzeländerungen ist die Finanzordnung unübersichtlich und in Teilen widersprüchlich gewesen. Zudem enthielt die alte Fassung zahlreiche ungenaue oder auslegungsbedürftige Regelungen, insbesondere im Bereich der Kostenerstattungen.

Mit der nun vorliegenden Neufassung wird das Ziel verfolgt, die Finanzordnung inhaltlich zu präzisieren, strukturell zu vereinheitlichen und rechtssicher sowie verständlich auszugestalten. Dabei wurden bestehende, bewährte Regelungen übernommen, gleichzeitig aber klarer gefasst, ergänzt und die tatsächliche Praxis der letzten Jahre festgehalten und zum ersten Mal definiert.

Folgende drei Aspekte möchten wir hervorheben:

- Die neue Finanzordnung ist klar gegliedert und strukturell neu geordnet. Das dient sowohl der besseren Lesbarkeit als auch einer einfacheren Verständlichkeit.
- Mit der neuen Fassung wird die Möglichkeit geschaffen, Details der Kostenerstattung in einer vom Landesvorstand beschlossenen Erstattungsordnung zu regeln. Dadurch kann flexibel auf Preisentwicklungen, Mobilitätsveränderungen und praktische Erfahrungen reagiert werden, ohne die Finanzordnung selbst regelmäßig und in aufwändiger Weise ändern zu müssen. Gleichzeitig wird durch klare Leitplanken sichergestellt, dass der niedrighschwellige Zugang zur Erstattung – insbesondere von Fahrtkosten – erhalten bleibt.
- Viele Punkte aus unserer gängigen Verbandspraxis waren in der alten Finanzordnung entweder gar nicht oder nur indirekt geregelt, und führten in der Umsetzung wiederholt zu Unsicherheiten. Diese Bereiche werden in der neuen Fassung erstmals explizit benannt und geregelt (Mitgliedsbeiträge, Haushalt & Finanzbericht, Rechnungsprüfung, Mandatsträger*innenbeiträge, ...).

Die neue Finanzordnung schafft einen klaren, strukturierten und praxisnahen Rechtsrahmen, der den Anforderungen eines stark gewachsenen und immer professioneller arbeitenden Landesverbandes gerecht wird. Sie stärkt Transparenz, Nachvollziehbarkeit und solidarische Verbandskultur, reduziert Auslegungsspielräume sowie Unklarheiten und erleichtert darüber hinaus sowohl die Verbandsarbeit als auch die finanzielle Kontrolle.